



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Vom Reformmodell zur modernen Universität

Rimbach, Gerhard

Düsseldorf, 1992

5.3 Aktivitäten an den fünf Standorten

urn:nbn:de:hbz:466:1-8287

Entgegen dem klar erkennbaren Trend wurde die Zahl der Langstudienplätze von 42,0% auf 37,6% zugunsten der Kurzstudienplätze vermindert, vermutlich weil auf diese Weise optisch eine größere Studienplatzzahl mit geringerem finanziellen Aufwand hergestellt werden konnte (vgl. Bild 1). Tatsächlich befand⁵¹ sich um 1980 schon mehr als die Hälfte der Studierenden in einem Langzeitstudiengang. Die Reduzierung der Studienplätze wurde aus dem gleichen Grunde ebenfalls entgegen dem Trend fast ausschließlich bei den "teueren" natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studienplätzen (1425) vorgenommen (vgl. Tabelle 3).

	1971	1979
insgesamt	41.900	40.400
Langzeitstudium	17.600	15.000
Kurzzeitstudium	24.300	25.200
Geistes- u. Gesellschaftswissenschaften	19.200	19.125
Natur- u. Ingenieurwissenschaften	22.700	21.275

Tabelle 3: Vergleich der geplanten Gesamtzahl der Studienplätze in den Jahren 1971 und 1979 (weil ein Langzeitstudent seinen Studienplatz länger als ein Kurzzeitstudent in Anspruch nimmt, verschieben sich die Prozentzahlen bei den Studienanfängern dadurch zusätzlich gegenüber der Zahl der Studienplätze zu Ungunsten des Langzeitstudiums, was leicht übersehen wird).

5.3 Aktivitäten an den fünf Standorten

Am 15. Dez. 1969 richtete die Stadt Wuppertal an den Ministerpräsidenten des Landes NRW ein Schreiben,⁵² in dem sie ihre Besorgnis zu der einen Monat vorher unterbreiteten Hochschulkonzeption ausdrückte. Sie sah mit der geplanten Errichtung der "Rhein-Universität" mit den drei Standorten Duisburg, Düsseldorf und Wuppertal die Interessen ihrer Region an der Weiterentwicklung des Tertiären Sektors nicht ausreichend berücksichtigt und schlug die Errichtung einer "Bergischen Universität" in Wuppertal vor. Der Bergische Raum mit 1 1/2 Mio. Einwohnern und den zahlreich vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen böte fundierte Ansatzpunkte für eine Volluniversität, aus der später unter Einschluß des zukünftigen Fachhochschulbereichs eine Gesamthochschule entstehen könne. Eher vagen Vorstellungen über die Struktur folgte mit dem Standort Griffenberg ein präzises Standortangebot in unmittelbarer Nähe zur Elberfelder City.

Nachdem im Dezember 1970 der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW sich für Wuppertal als Sitz von eigenständigen Hochschuleinrichtungen aussprach, reagierte der Rat mit einem einstimmigen Beschluß vom 15. Febr. 1971 für eine Bergische Gesamthochschule und beauftragte die Stadtverwaltung, das Hochschulgelände Griffenberg

⁵¹ Ebd., S. 36 f. Aus den dort stehenden Angaben der Verteilung auf die einzelnen Studiengänge im WS 1981/82 und die angestrebten Abschlußprüfungen ergibt sich ein Prozentsatz von 54,4% für Langzeitstudiengänge.

⁵² Schreiben der Stadt Wuppertal vom 15.12.1969 mit dem Betreff: Gründung einer Bergischen Universität in Wuppertal an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn mit Anlagematerial (Wissenschaftliche Einrichtungen, Fachhochschuleinrichtungen, Karten und Statistiken), Wuppertal o.J. (1969), S. 1 ff.

planerisch und baurechtlich zu sichern, das erforderliche Erweiterungsgelände bereitzustellen sowie die Nahverkehrserschließung planerisch vorzubereiten und die Versorgung sicherzustellen.⁵³

Bis zur Jahreswende 1971/72 wollte die Stadt alle Voraussetzungen schaffen, damit Bauanträge für die Hochschule ohne Schwierigkeiten bearbeitet werden könnten⁵⁴ und baurechtlich der Baubeginn spätestens zum 1.2.1972 möglich würde.⁵⁵ Der Katalog der Mikrostandortplanung umfaßte neben den Verkehrserschließungen, der technischen Ver- und Entsorgung, dem Wohnen, den Dienstleistungen und Freizeiteinrichtungen, der schulischen und kulturellen Versorgung auch Vorschläge für die Fächerstruktur der Gesamthochschule.⁵⁶ Von der Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule als Kern ausgehend wurde ein Studienangebot vorgeschlagen, das die regionale Nachfrage nach Studienplätzen und den Bedarf an Hochschulabsolventen berücksichtigte. So ergäbe sich als Fächerspektrum

- Sprach- und Kulturwissenschaften,
- Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
- Naturwissenschaften und Mathematik sowie
- Ingenieurwissenschaften.⁵⁷

Aufgrund des guten Ausbaustandes der Städtischen Krankenanstalten sollte außerdem der Aufbau eines medizinischen Fachbereichs erwogen werden, über den allerdings nicht kurzfristig entschieden werden könne.⁵⁸

Die Beschlüsse des Rates der Stadt Wuppertal und deren Umsetzung durch die Verwaltung wurden begleitet von der Arbeitsgruppe Standortforschung der Technischen Universität Hannover, die sich seit Dezember 1970 exemplarisch unter den fünf Gesamthochschulstandorten Nordrhein-Westfalens mit dem Standort, der Kapazität, der Struktur und dem Mikrostandort der Gesamthochschule Wuppertal befaßte.⁵⁹ Dabei konnte sie auf Planungsunterlagen für zukünftige Gesamthochschulen in NRW aufbauen,⁶⁰ die später noch für den Standort Paderborn herangezogen wurden.⁶¹ Gegen den Standort Griffenberg wurden zahlreiche Einsprüche vorgebracht (ca. 2000), wie die zu geringe verfügbare Fläche, negative Auswirkungen auf Wohnklima und -charakter, die Konzentration von Baumassen als Zerstörung des Landschaftsbildes, der Wegfall von Grünflächen, Probleme des Umweltsystems, des Kleinklimas und Verkehrs, mit dem Ziel, daß die Hochschule an anderer Stelle zu bauen sei. Die Verwal-

⁵³ Stadt Wuppertal: Mikrostandort für eine Bergische Gesamthochschule. Infrastrukturkriterien, Wuppertal, April 1971, S. 2 f.

⁵⁴ Ebd., S. 16.

⁵⁵ Ebd., S. 18.

⁵⁶ Ebd., S. 63 ff.

⁵⁷ Ebd., S. 65.

⁵⁸ Ebd., S. 65 in Verbindung mit S. 68.

⁵⁹ Arbeitsgruppe Standortforschung: Standort-Kapazitätsstruktur einer Gesamthochschule, Band 17 der Schriftenreihe der Arbeitsgruppe, Hannover 1972. Dieselbe: Gesamthochschule Wuppertal Mikrostandort Griffenberg, Band 19 der Schriftenreihe der Arbeitsgruppe, Hannover 1973.

⁶⁰ Arbeitsgruppe Standortforschung: Grundlagen für die Standort- und Kapazitätsplanung zukünftiger Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen, Manuskriptdruck Nr. 31, Hannover, im Oktober 1971.

⁶¹ Arbeitsgruppe Standortforschung: Grundlagen für die Standort-, Kapazitäts- und Strukturplanung der Gesamthochschule Paderborn, Hannover, im Juli 1972.

tung schlug vor, alle vorgebrachten Bedenken und Anregungen zurückzuweisen.⁶² Der Bebauungsplan 407 war bereits der Nachfolger der am 19.7.1971 öffentlich ausgelegten Bebauungspläne 402-404, gegen die ebenfalls eine Fülle von Bedenken, insbesondere gegen die Standortentscheidung Griffenberg vorgebracht wurden.⁶³

Trotz dieser zweimal erhobenen, zahlreichen Bedenken kommt die Arbeitsgruppe Hochschulforschung zu dem gleichen Ergebnis wie die Verwaltung, wenn auch etwas vorsichtiger formuliert: "Zusammenfassend ergibt sich, daß der Standort Griffenberg als Hochschulstandort unter Berücksichtigung der aufgeführten städtebaulichen Rahmenbedingungen geeignet ist und die Entscheidung hierfür nach den Ergebnissen dieser Untersuchung für vertretbar gehalten wird."⁶⁴

Ähnliche Aktivitäten, um die jeweils vorhandenen Probleme auszuräumen und schnell die Voraussetzungen zur Errichtung einer Gesamthochschule durch die kommunalen Behörden zu schaffen, sind auch an den vier übrigen Standorten zu verzeichnen. Die durch die Errichtung einer Gesamthochschule zu erwartenden ökonomischen und kulturellen Impulse wurden überall erkannt. Durch unterstützende Gutachten für den eigenen Standort und durch schnelle Entscheidungen die Voraussetzungen für einen baldigen Baubeginn zu schaffen, geschah überall in enger Kooperation mit der Landesregierung.

Zwar existierte Ende der sechziger Jahre schon die Karte, die das Land Nordrhein-Westfalen durch eine durch Münster und Dortmund führende Linie halbierte und auf diese Weise demonstrierte, daß im östlichen Landesteil nur die im Aufbau befindliche Universität Bielefeld lag und im Westen alle übrigen, aber die offizielle Landespolitik war damals noch darauf gerichtet, diese Konzentration bei den beabsichtigten Neugründungen beizubehalten. In dieser Situation beauftragte die Stadt Paderborn eine Professorengruppe unter Vorsitz von Minister a.D. Prof. Paul Mikat mit einem Gutachten.⁶⁵ Aufgrund des Studienplatzbedarfs und des Lehrermangels an Realschulen und Gymnasien empfahl der Ausschuß, in einer ersten Stufe die Pädagogische Hochschule Paderborn in den meisten Fächern⁶⁶ soweit auszubauen, daß Lehrer für alle Schulen ausgebildet werden könnten. Kurzfristig rechneten sie mit 3000 Studenten, die sich auf Dauer auf 5000 erhöhen würden.⁶⁷ Diese Teil-Universität sollte in der zweiten Ausbauphase auf alle Schulfächer ausgedehnt werden und durch zwei Zentral-Institute ein eigenes Profil in Forschung und Lehre entwickeln: das "Institut für vergleichende Didaktik" und das "Zentrum für Pädagogische Technologie."⁶⁸

Zurückhaltend äußerte sich das Gutachten zu "Kooperationsmöglichkeiten im differenzierten Gesamthochschulverband" mit der zukünftigen Fachhochschule. Andererseits gab der Ausschuß zu bedenken, daß die einseitige Ausrichtung auf das Lehrerstudium problematisch sei und

⁶² Drucksache über die Bearbeitung der Bedenken und Anregungen zu den Bauleitplänen 407, Anlagen zum Schreiben des Stadtplanungsamtes vom 15. Mai 1972.

⁶³ Vgl. Band 19 AG Standortforschung, S. 13.

⁶⁴ Ebd., S. 174.

⁶⁵ Gutachter-Ausschuß: Gutachten über den Ausbau der Studienmöglichkeiten in Paderborn, o.O., o.J. (1969).

⁶⁶ Deutsch, Geschichte, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch, Mathematik, Physik, Leibeserziehung, Katholische Theologie und Philosophie.

⁶⁷ Ebd., S. 19 f.

⁶⁸ Ebd., S. 21 f.

deshalb Fachstudiengänge, für die ein besonders großer Bedarf bestünde (Psychologie, Physik, Biologie und Mathematik), angeboten werden sollten. Der Bedarf an "ordentlichen Lehrstühlen" als Erstausrüstung wurde für alle Fächer genannt und am Schluß darauf hingewiesen, daß die Landesregierung wegen der "hoffnungslosen Überfüllung der Universitäten ... ihr besonderes Augenmerk auf den Ausbau Paderborns und Siegens" richten sollte.⁶⁹ Diese Schlußbemerkung ist vermutlich dem Ausschußmitglied Prof. Schallenger, ehemaliger Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Siegerland, zuzuschreiben, wie überhaupt das Überwiegen von PH-Professoren die inhaltliche Ausrichtung des Gutachtens geprägt haben dürfte.⁷⁰

Außerdem veranlaßte die neugegründete Fördergesellschaft "Gesamthochschule Südost-Westfalen in Paderborn" in Zusammenarbeit mit der Stadt ein Gutachten von Prof. Heichert.⁷¹ Dieses entstand auf der Basis von Daten der Arbeitsgruppe Standortforschung.⁷² Aufgrund der für das Land NRW ermittelten Daten wurde darin die voraussichtliche Zahl der Studienanfänger prognostiziert, die zur Schätzung der Studierendenzahl von 9400 für das Jahr 1980 und von 9500 bis 10.000 für 1985 führte, (eine für 1980 etwas überhöhte Zahl, tatsächlich im WS 1980/81: 8109 und für 1985 zu niedrige Schätzung, tatsächlich im WS 1985/86: 11.854).⁷³ "Mit der Errichtung einer Gesamthochschule in Paderborn ist der Aufbau eines neuen tertiären Ausbildungssystems beabsichtigt, das

- die regionale Hochschulversorgung des Raumes Südwestfalen wesentlich verbessert,
- eine weitgehende Einbeziehung und Nutzung der bereits bestehenden Hochschuleinrichtungen gewährleistet,
- in der drängenden Bedarfssituation der Gesamtgesellschaft einen effizienten Beitrag leistet (vor allem in den Engpässen tertiärer Ausbildung),
- schließlich als Integrierte Gesamthochschule Erprobungs- und Realisationsbeispiel sein wird einer weitgespannten und belangvollen Reformkonzeption."⁷⁴

Diese Bedarf, Nützlichkeit und Effizienz betonenden "Leitperspektiven" lassen nur im letzten Punkt den Reformansatz erkennen, wobei die wechselseitige Verbindung und Verschränkung unterschiedlicher Institutionen des Tertiären Bereichs "auf den realen Gesellschaftsprozeß" bezogen sein sollten, wozu

- die 'vertikale Integration' dient, durch die 'praxisnahe' Kurzstudiengänge und 'theorieorientierte' Langzeitstudiengänge verbunden und integriert,
- verschiedenartige nach Studienaufgabe und Ziel heterogene Studiengänge in Studienabschnitten zusammengeführt ('Horizontale Integration [1]')
- tätigkeitsfeldorientiert "interdisziplinäre Projektstudien und Forschungsvorhaben durchgeführt ('Horizontale Integration [2]'),

⁶⁹ Ebd., S. 28.

⁷⁰ Von den fünf Mitglieder waren drei (Schallenger, Staudinger und Kienecker) PH-Professoren.

⁷¹ Heichert, Christian: Gesamthochschule Paderborn. Überlegungen und Vorschläge zur Strukturplanung, Paderborn, im Dezember 1971.

⁷² Arbeitsgruppe Standortforschung: Grundlagen für die Standort-, Kapazitäts- und Strukturplanung der Gesamthochschule Paderborn, Hannover, im Juli 1972.

⁷³ Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Handbuch Hochschulen in Nordrhein-Westfalen II: Staatliche Hochschulen Nordrhein-Westfalen. Daten-Studienangebote-Anschriften, Düsseldorf, Dezember 1989, S. 159.

⁷⁴ Heichert, a.a.O., S. 1.

- die Verbindung mit der regionalen Gesellschaft durch Beratungssystem intensiviert ('Gesellschaftliche' bzw. 'Regionale Integration') werden soll(ten)".⁷⁵

Das vom Kreis Siegen bei den Professoren Lohmar, Biedenkopf und Knoll in Auftrag gegebene Gutachten besteht aus zwei Teilen. Prof. Lohmar verfaßte den datenreichen Teil über Infrastruktur und Bildungswesen des Kreises und der Region. Damit begründete er die Errichtung einer Regional-Universität, für die er die zukünftige Zahl der Studierenden auf 7000 bis 12.000 schätzte. Für eine Regional-Universität wurden folgende regionalen und überregionalen Gründe genannt:

- " die Chancengleichheit des Einzelnen und der Region Siegen,
- das Ansteigen der Studentenzahlen,
- die Entlastung der Ballungsgebiete und Hochschulen,
- Verbesserung der Infrastruktur des Siegener Raumes".⁷⁶

Die Professoren Biedenkopf und Knoll schlugen in Teil II langfristig den "Auf- und Ausbau einer Teilgesamthochschule Siegerland mit den Fachbereichen Erziehungswissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften" mit Ausrichtung auf die zukünftige Gesamthochschule Köln vor.⁷⁷

Das am 30. Nov. 1970 abgeschlossene Gutachten referiert den damals erreichten Diskussionsstand und setzte kaum originelle Akzente, mit Ausnahme einiger Ausführungen zu den Voraussetzungen einer dezentralisierten Gesamthochschule. Das Gutachten der renommierten Professoren diente mehr der politischen Überzeugungssarbeit, um Siegen als Standort einer Gesamthochschule zu sichern, als der Erarbeitung einer inhaltlichen Konzeption. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich weder die Landesregierung noch der Wissenschaftsrat für eine Gesamthochschule in Siegen ausgesprochen. Lediglich die BAK hatte sich für diesen Standort im Bergeustädter Plan entschieden.⁷⁸

Die Bemühungen der Stadt Essen um eine Universität reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück.⁷⁹ In der Wilhelminischen Zeit hatte allerdings eine Ruhrgebietsstadt keine Chance, eine Hochschule zu erhalten, denn die Region galt damals als politisch unzuverlässig. So blieb Essen bis in die Nachkriegszeit die größte Stadt im Westen Deutschlands ohne Universität, nachdem in Hamburg und Köln unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg Universitäten gegründet worden waren. Als die Regierung Meyers erwog, eine Universität im Ruhrgebiet zu errichten, entbrannte eine Auseinandersetzung u.a. zwischen dem westfälischen Dortmund und dem rheinischen Essen, die am Ende zugunsten der mitten im Ruhrgebiet liegenden kleineren Stadt Bochum entschieden wurde (1965). In Essen waren außer der PH-Abteilung in Kettwig als wissenschaftliche Einrichtung inzwischen aus den Städtischen Krankenanstalten eine medizinische Akademie mit Hochschulrang entstanden, die das Klinikum der Ruhruniversität Bochum wurde. Durch diese große wissenschaftliche Einrichtung unterschied sich Essen von

⁷⁵ Ebd., S. 13 f.

⁷⁶ Gesamthochschule im Kreis Siegen, Siegen o.J., S. 51.

⁷⁷ Ebd., Teil II, S. 1.

⁷⁸ Ebd., S. 57. Während ein Prognos-Gutachten von 1966 für Siegen mit 7000 Studierenden rechnete, nannte die BAK die Zahl von 12.000 für 1980, die erst 10 Jahre später erreicht wurde.

⁷⁹ Stadt Essen (Hrsg.): Stellungnahmen der Hochschulberatergruppe der Stadt Essen, Essen, Mai 1972, S. 3.

den übrigen vier Standorten, da dort nur jeweils eine PH-Abteilung und eine Fachhochschule bei der Errichtung der Gesamthochschule zu integrieren waren.

Kurz nachdem die zweite Universität im Ruhrgebiet 1969 in Dortmund errichtet worden war, erklärte Ministerpräsident Heinz Kühn im Oktober 1969, die dritte Universitätsstadt des Ruhrgebietes würde Essen, und zwar würde an eine "Gesamtuniversität" bzw. ein "Hochschulzentrum" gedacht.⁸⁰ In dem damaligen Hochschulkonzept der Landesregierung, das im März 1970 im "Nordrhein-Westfalen-Programm '75" präzisiert wurde, sollte die in Essen zu gründende Universität einen singulären Reformauftrag erhalten:

"Die in Essen zu gründende Universität wird ihren Schwerpunkt in Naturwissenschaft und Medizin haben. Bei der Planung ist von vornherein zu berücksichtigen, daß die in Essen vorhandenen Einrichtungen der Lehrerbildung gleichzeitig mit der Einrichtung der Universitäten mit erziehungswissenschaftlichen Schwerpunkten in anderen Städten Universitätsrang erhalten und in schrittweise zu intensivierender Zusammenarbeit mit der Fachhochschule das Modell einer Gesamthochschule im Verbund mit der Ruhruniversität Bochum zu verwirklichen ist."⁸¹

Zum ersten Male kam im Lande NRW eine Gesamthochschule in das Regierungsprogramm, wenn auch ziemlich vage hinsichtlich des zeitlichen und organisatorischen Rahmens sowie des inhaltlichen Konzepts. Die Stadt Essen nahm die Absicht der Landesregierung auf und bestellte einen Sachverständigenbeirat, der den ebenfalls im Frühjahr 1970 gegründeten Hochschulausschuß des Rates der Stadt Essen in Fragen der Errichtung, Entwicklung und Koordinierung von Hochschuleinrichtungen beraten sollte.⁸² Der Beirat unter Leitung von Carl-Heinz Evers und Ernst v. Weizsäcker hatte unter den 21 Mitgliedern damit zwei der profiliertesten Hochschulreformer in seinen Reihen, was sich in den Planungsvorschlägen niederschlug, allerdings kaum noch in der späteren Realisierungsphase, obwohl u.a. neben Ernst v. Weizsäcker auch der aus der BAK kommende spätere Gründungsrektor Peter Neumann-Mahlkau dem Gründungssenat der Gesamthochschule angehörte.

Der Beirat, dessen Mitglieder auch Helmut Schelsky und der hochschulpolitische Sprecher der CDU im Landtag von NRW Wolfgang Brüggemann waren, befaßte sich so intensiv wie an keinem anderen Standort mit dem Mikrostandort für die Gesamthochschule. Aus 12 denkbaren Alternativen wurden vier ausgewählt. Am Ende einigten sich alle Mitglieder auf den Standort City Nord im Segeroth nahe dem Stadtzentrum, anders als die beiden anderen Ruhrgebietsneugründungen in Bochum und Dortmund, wo die Universitäten außerhalb der Städte errichtet wurden. Die unmittelbare Einbindung in ein Arbeiterviertel war als Angebot an bildungsferne Schichten gedacht und sollte auch die wissenschaftliche Ausrichtung der Hochschule beeinflussen. Der Rat der Stadt beschloß am 2. Juni 1971, den Standort City-Nord der Landesregierung zur Gründung der "Integrierten Gesamthochschule Essen, Universität", vorzuschlagen.⁸³

Am 26. April 1971 berief der Rat der Stadt Essen eine Hochschulberatergruppe mit sechs Personen, um sich bis zur Konstituierung des Gründungssenats sachkundig zu machen, darunter

⁸⁰ Universität Essen-Gesamthochschule: 1972-Leistungen-1982-Texte zu zehn Gründungsjahren, Essen o.J., S. 70.

⁸¹ Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen-Programm 1975, Düsseldorf 1970, S. 68.

⁸² Vgl. Gründungs-Tagebuch, in: Texte zu zehn Gründungsjahren, S. 71.

⁸³ Ebd., S. 20.

C.H. Evers, E. v. Weizsäcker und P. Neumann-Mahlkau. Sie brachten ihre Reformvorstellungen in das Planungskonzept ein. Den Empfehlungen des Sachverständigenbeirats "Zugang ohne formale Hochschulreife" ist es u.a. zu verdanken, daß in den § 11 des GHEG eine Öffnungsklausel für diesen Personenkreis aufgenommen wurde. Der Absatz 3 lautet:

"(3) Der Student kann nur Studiengänge wählen, für die er die Zugangsvoraussetzungen erfüllt. Das Nähere bestimmt der Kultusminister im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft und Forschung durch Rechtsverordnung unter Berücksichtigung von Inhalt und Ziel der Studiengänge und der im Hochschulwesen gebotenen Einheitlichkeit. Soweit es sich um Zugangsvoraussetzungen handelt, die erst während des Studiums erworben werden, bestimmt der Minister für Wissenschaft und Forschung das Nähere durch Rechtsverordnungen im Einvernehmen mit dem Kultusminister."⁸⁴

Nach Abs. 4 des gleichen Paragraphen kann darüber hinaus im Falle eines Hochschulversuchs der Kultusminister auf Vorschlag des Ministers für Wissenschaft und Forschung Ausnahmen zulassen, d.h. die Einschreibung an der Gesamthochschule bedurfte nicht der üblichen Zeugnisse. Die hochschulrechtliche Voraussetzung zum Studium ohne Hochschulreifezeugnis als Versuch war durchgesetzt, wie es das Baukastenmodell vorsah.⁸⁵ Leider blieb die eröffnete Möglichkeit ohne praktische Folge. Die Befürchtung, durch derartige Hochschulversuche die Anerkennung der Gesamthochschule zu gefährden, übertraf den Mut zur Reform.⁸⁶

Die Hochschulberatergruppe war außerdem besonders darum bemüht, durch die schnell voranschreitende Bauplanung nicht die räumliche Flexibilität für Reformen behindern oder zerstören zu lassen. Als Beratergremium war sie nicht befugt, Beschlüsse zu fassen, die dem noch nicht existierenden Gründungssenat vorbehalten waren. Falls die vorauseilende Baukonzeption sich an den herkömmlichen Ausbauplänen orientieren würde, sei das Gesamthochschulkonzept mit projektbezogenen Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Studierenden und das Baukastensystem mit kompakten und halbkompakten Einheiten gefährdet.⁸⁷

Als Forschungsprogramm interdisziplinärer Projekte, die für die Gesellschaft nützlich sein könnten, wurden folgende Forschungsbereiche vorgeschlagen:

- Freizeit- und Urlaubsprobleme,
- Berufs- und Erwachsenenbildung,
- Umweltschutz und Umweltgestaltung,
- Sozial- und Arbeitsmedizin,
- Biomedizinische Technik und Biokybernetik,
- Friedens- und Konfliktforschung sowie
- Kommunikationsforschung im künstlerisch-psychologischen Bereich, im technischen Bereich und auf dem Gebiet der Massenmedien.⁸⁸

⁸⁴ Gesetz über die Errichtung und Entwicklung von Gesamthochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 30. Mai 1972 (GV. NW. S. 134/SGV. NW. 223).

⁸⁵ Stellungnahme der Hochschulberatergruppe, S. 31.

⁸⁶ Später wurden durch das WissHG in § 65 (4) in Verbindung mit § 66 für die Zulassung von Nichtabiturienten durch Einstufungsprüfungen derart hohe Hindernisse aufgebaut, daß dieser Weg praktisch blockiert wurde.

⁸⁷ Stellungnahme der Beratergruppe, S. 12 ff.

⁸⁸ Ebd., S. 25. Die später eingerichteten Forschungsschwerpunkte (vgl. Kap. 6.4) unterschieden sich von diesem Katalog erheblich.

Anders als an den vier übrigen Gründungsorten - das gilt für Paderborn nur bedingt- gab es in Duisburg von 1655 bis 1815 eine Universität. Allerdings ist die bis zur Errichtung der Gesamthochschule im Jahre 1972 verstrichene Zeit von 157 Jahren mehr als ausreichend, um den Neubeginn nicht durch Überlieferungen bestimmen zu lassen. Eine Anknüpfung an diese vorhumboldtsche Universität, selbst wenn sie beabsichtigt worden wäre, war deshalb nicht mehr möglich. Die alte Universität war trotz des Bemühens um Traditionspflege nicht mehr als eine historische Reminiszenz, ein abgeschlossenes Kapitel. Als am 7. August 1972 die Gesamthochschule Duisburg als letzte eröffnet wurde, äußerte sich der Gründungsrektor Professor Dr. Helmut Schrey zu dieser Tradition, auf die auch schon der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg Krings stolz hingewiesen hatte, vermittelnd, daß die Angehörigen der Gesamthochschule sich "nicht mit einem Ödipuskomplex herumzuschlagen" brauchten und fuhr fort:

"Ganz im Gegenteil, die Tradition ist für uns etwas, das uns nachdrücklich helfen kann, ein nützlicher Mythos, der uns weder hindert noch vergewaltigt. Die neue Gesamthochschule soll ja schließlich auf keinen Fall eine Kopie der überlieferten Universität werden."⁸⁹

Außer dieser traditionellen wies die Gesamthochschule Duisburg bei ihrer Gründung noch eine strukturelle und eine personelle Besonderheit auf. Anders als an den übrigen vier Standorten wies die Pädagogische Hochschule, obwohl erst 1968 gegründet, mit etwa 1700 mehr Studierende auf als die Fachhochschule mit ca. 1000. Der wissenschaftliche Gründungskern dominierte also. Mit Helmut Schrey ernannte der Minister für Wissenschaft und Forschung einen PH-Professor aus Duisburg zum Gründungsrektor, einen erfahrenen und profilierten Bildungspolitiker, während an den übrigen vier Gesamthochschulen für dieses Amt Professoren von auswärtigen Universitäten berufen wurden.

Schrey - auch das eine Besonderheit - hatte sich im Vorfeld schon um eine enge Zusammenarbeit mit der im Entstehen begriffenen Fachhochschule bemüht. Der damalige PH-Dekan wurde bereits 1970 in den Gründungsausschuß der aus der Ingenieurschule entstehenden Fachhochschule Duisburg berufen. Aufgrund seines hochschulpolitischen Engagements bei der Überführung der beiden Vorgängereinrichtungen in die geplante Gesamthochschule war es konsequent, ihn zum Gründungsrektor zu ernennen.

In seiner kompetent-nüchternen Einschätzung zum Entwurf eines Gesamthochschulentwicklungsgesetzes vom Oktober 1971 warnte er davor, daß die Gesamthochschulen keine "akademisch zweitklassige Institutionen" werden dürften und daß deshalb die "Fragen der akademischen Qualität" der entscheidende Maßstab beim Aufbau sei und nur dann "in Grenzen auch jene Züge des vorliegenden Gesetzentwurfes in Kauf zu nehmen (sein), die wohl mit einigem Recht als vergleichsweise etatistisch angesprochen werden können, allerdings nur insoweit, als dieser Etatismus unmittelbar und für alle Hoch-

⁸⁹ Schrey, Helmut: Die Landesregierung hat Weichen gestellt, in: Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. (Hrsg.): Gesamthochschulen. Angebote und Herausforderung, Bonn-Bad Godesberg, im Oktober 1972, S. 52.

schulangehörige klar erkennbar der Effektivität der Hochschule in ihrer ersten Gründungsphase zu nützen verspricht".⁹⁰

Wie andere Städte hatte sich auch Duisburg ursprünglich intensiv darum bemüht, eine "Volluniversität" zu erhalten. Anlaß dazu bot das NRW-Programm '75, in dem die Rhein-Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt an den Standorten Duisburg, Düsseldorf und Wuppertal angekündigt worden war. Mit voller Unterstützung durch die Industrie- und Handelskammer bemühte sich die Stadt um eine eigenständige Universität mit ausgebauten "naturwissenschaftlich-technischen Zweigen". Die im Entstehen begriffene Fachhochschule wurde bei den damaligen Überlegungen völlig ausgeklammert.

Im Jahre 1970 faßte die Stadt ihre Argumente für eine Universitätsgründung selbstbewußt in folgenden sechs Punkten zusammen:

1. Duisburg bekommt seine Universität. Die heutige Pädagogische Hochschule ist Kern dieser neuen Universität.
2. Für Duisburg ist es wichtig, ja sogar entscheidend, daß dieser Universität naturwissenschaftlich-technische Zweige zugesprochen werden. Alle Voraussetzungen dafür sind erfüllt.
3. Eine solche, auch technisch orientierte Universität wird das Bildungsniveau der Region erheblich steigern und gleichzeitig der heute noch einseitigen Wirtschaftsstruktur der Stadt neue Impulse für die Schaffung von Zukunftsindustrien geben.
4. Duisburg wird eine attraktive Universitätsstadt sein, vor allem für die Studierenden selber.
5. Duisburg wird vor allem eine wirtschaftliche Neugründung beherbergen, weil eine City-Universität aufgrund bestehender Infrastruktur und vorhandener Verkehrsverbindungen viel rentabler zu bauen und zu unterhalten ist als eine Campus-Universität.
6. Duisburg ist stolz darauf, Universitätsstadt zu werden. Damit wird nicht der Ehrgeiz einiger weniger Verwaltungsinstanzen befriedigt, sondern eine langgehegte Erwartung aller Duisburger: daß die Stadt jenes Profil gewinnt, das ihr nach Kraft und Bedeutung zukommt."⁹¹

In der gesamten Argumentation für den Standort Duisburg überwogen ökonomische, lokalpatriotische und regionaloptimistische Aspekte: Dagegen wurde nicht erwähnt, daß "in Duisburg und Umgebung das Bildungsniveau heute noch weit unter dem anderer Hochschulorte und vergleichbarer Großstädte (liege). Außerdem sind Schüler und Studenten aus Arbeiterfamilien deutlich unterrepräsentiert."⁹²

Die Überzeugung, eine leistungsfähige Universität zu brauchen, dominierte an allen fünf Standorten unabhängig von der politischen Konstellation. Deshalb war man interessiert, einen möglichst reibungslosen Aufbau zu fördern. Soweit eine Universität versprach, die Wettbewerbssituation ihrer Region zu verbessern, wurde ihre Errichtung unterstützt. Ein darüber

⁹⁰ Arbeitspapier für eine Stellungnahme zum Entwurf des Gesamthochschulentwicklungsgesetzes vom Oktober 1971, in: Fey-Hauerwas, Jutta und Schallenberger, E. Horst (Hrsg.): Hochschulreform Konkret, Duisburg, 1980, S. 16.

⁹¹ Schuber der Stadt Duisburg über die Voraussetzungen von Hochschulstandorten aus dem Jahre 1970, 8. Zusammenfassung.

⁹² Ebd. Punkt 3 der acht Forderungen an einen Hochschul-Standort und wie Duisburg sie erfüllt. Die dazugehörige Forderung lautete: Starke unausgeschöpfte Bildungsreserven in Standort und Region.

hinausgehendes Interesse war nicht intendiert. Die mit einer grundlegenden Reform verbundenen Diskussionen und Konflikte stießen deshalb eher auf Skepsis und Unverständnis, da damit Ansehensverluste zu befürchten waren. Unauffälligkeit, Übereinstimmung und Reibungslosigkeit zählten mehr als Diskurs, Kritik und Streitkultur. Kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und produktive Unruhe galten eher als suspekt. Aus Prestigegründen strebten die Städte an, eine Universität zu erhalten. Eine Integrierte Gesamthochschule fiel dagegen ab und war nicht das erwünschte Ideal, sondern ein Angebot der Landesregierung, das nicht ausgeschlagen werden konnte. Man wartete erst einmal ab, wie sich dieses Reformprojekt entwickelte.

5.4 Die Gründungsphase der fünf Gesamthochschulen

5.4.1 Das hochschulpolitische Konzept

Nach einer etwa zweijährigen Planungsphase wurden die fünf Gesamthochschulen in den ersten Augusttagen des Jahres 1972 eröffnet. Die Eröffnungsreden u.a. des Ministerpräsidenten Heinz Kühn, des Ministers für Wissenschaft und Forschung Johannes Rau und des Innenministers Willi Weyer sowie der fünf Gründungsrektoren (der Professoren Dr. Walter Kröll, Essen, Dr. Artur Woll, Siegen, Dr. Rainer Gruenter, Wuppertal, Dr. Broder Carstensen, Paderborn, Dr. Helmut Schrey, Duisburg) geben ebenso Aufschluß über die mit den Gründungen verfolgten Ziele⁹³ wie die zu diesem Ereignis erschienene Schrift.⁹⁴

Das Konzept der Hochschulpolitik ging von drei Prinzipien aus. In diesem Kontext spielten die fünf Neugründungen eine bedeutende Rolle. Sie sollten das hochschulpolitische Ziel beispielhaft verkörpern:

1. *Schaffung weiterer Studienplätze*, um damit "immer breiteren Schichten unseres Volkes zu immer mehr und zu immer besserer Bildung und Ausbildung Gelegenheit zu geben".⁹⁵ Diese vorher planerisch vollzogene Entscheidung für den Ausbau bestätigte nachträglich das Bundesverfassungsgericht durch das am 18. Juli 1972 ergangene Numerus clausus-Urteil. Im Gegensatz zu den 60er Jahren, als es noch hieß, wir würden "auf dem Felde der Bildung, der Wissenschaft und Forschung ein Entwicklungsland, wenn wir nicht schon eines wären"⁹⁶, habe nunmehr "ein Stimmungsumschwung stattgefunden", denn vielfach würde befürchtet, "daß es eine Überqualifizierung der Arbeitskräfte gäbe, daß zu viele Akademiker ausgebildet würden; daß die Wirtschaft in naher Zukunft die wachsenden Bildungsausgaben nicht mehr verkraften könnte". Die Landesregierung sei dagegen der Auffassung, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung und Veränderungen in der Produktion "die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte steigen müssen".⁹⁷ Beim höheren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften mit

⁹³ Presse- und Informationsamt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Gesamthochschulen. Angebot und Herausforderung, Düsseldorf, im Oktober 1972.

⁹⁴ Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Zur Gründung von fünf neuen Gesamthochschulen. Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1972, insbes. S. 12 ff: Im Mittelpunkt die Studienreform.

⁹⁵ Rau, Johannes: Prinzipien der Hochschulpolitik, in: Gesamthochschulen. Angebot und Herausforderung, S. 18.

⁹⁶ Ebd., S. 21.

⁹⁷ Ebd.